



**Persönliche Stellungnahme zur Abstimmung vom
11. September 2011
über die Gemeindevereinigung von
Rieden mit Ernetswil und Gommiswald**

Warum eine persönliche Stellungnahme?

Ich habe in der Vergangenheit wiederholt erklärt, grundsätzlich kein Fusionsgegner zu sein, sondern die Art und Weise zu kritisieren, wie das Projekt aufgelegt, finanziert und durchgeführt wird. Insbesondere die lokalen Medien haben diese Tatsache konsequent unterschlagen und mich in der Öffentlichkeit grundsätzlich als Fusionsgegner bezeichnet. Dabei war ich sogar ein Befürworter des Grundsatzentscheides vom 26. September 2010 – in der Hoffnung, dass die von mir und anderen Gleichgesinnten geäußerte Kritik von der Projektleitung aufgenommen und auch umgesetzt werde.

Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt, im Gegenteil. Ich habe mich darum mit Gleichgesinnten im Januar 2011 an die Öffentlichkeit gewandt. Es hat sich in der Folge gezeigt, dass seitens der Medien eine wirklich objektive Berichterstattung nicht zu erwarten ist. Und anstatt dass auf unsere Kritik ernsthaft eingegangen worden wäre, wurden wir von der Projektleitung der Gemeindevereinigung im offiziellen Mitteilungsblatt wie im Mittelalter namentlich an den Pranger gestellt.

Darum wende ich mich persönlich an Sie, damit Sie meine Ansichten direkt und ungefiltert erfahren.

Rieden, 16. August 2011

Deutungshoheit, Marketing und Geld

Rolf W. Rüegg

Einer meiner grössten Kritikpunkte am Fusionsprojekt war und ist, dass die Projektleitung, d.h. die vereinigten Gemeindepräsidenten, mit dem Slogan „Gemeindevereinigung – isch guet für alli“ von Beginn weg ein Monopol auf die richtige Deutung der Gemeindefusion errichtet und damit eine freie Diskussion zu diesem Thema massiv erschwert hat. Wer getraut sich denn schon, öffentlich gegen die obrigkeitliche, hoheitliche Devise anzutreten, die Gemeindevereinigung sei per se gut für alle? Nun, ich habe es gewagt, die Erfahrungen sind erhellend.

Ein weiterer Kritikpunkt waren die mit grossem Aufwand erstellten vielfarbigen Prospekte, in welchen meiner Meinung nach viele Worte wenige Informationen transportieren. Bis heute hat die geplante Gemeindevereinigung Projektkosten von etwa einer Viertelmillion Franken verursacht. Ein Grossteil des Geldes ist wohl in das farbige Propagandamaterial geflossen sowie in die Taschen der externen Berater. Hätte man die Fusionskritiker tatsächlich ernstgenommen und von den Erfahrungen anderer Gemeindezusammenschlüsse im Kanton St. Gallen profitiert, hätte dieses Projekt mit einem Bruchteil des Geldes effizient durchgeführt werden können. So haben wir das zweifelhafte Privileg, dass wir pro Kopf der Bevölkerung wahrscheinlich mit grossem Abstand am Meisten für ein Vereinigungsprojekt bezahlen dürfen. Dieses Geld ist auch bei Zustandekommen des Zusammenschlusses weg, unwiederbringlich, ohne dass es einen nachhaltigen Nutzen gestiftet hätte.

Teflon-Diskussionen, Zentrum Gommiswald und Informationsmanko

An den von zahlreichen verwaltungsinternen Helfern und teuren externen Consultants bestens organisierten und gesteuerten Marketing-Events (Bürgerforen) erlebte ich Teflon-Diskussionen¹ und vor allem frontales Einschwören der Bürger mit sorgfältig gefilterten, unüberprüfbaren Informationen auf die von Anfang an feststehenden Absichten der Projektleitung. So wurde gezielt auf eine zentrale Verwaltung in Gommiswald hingearbeitet und alternative Vorschläge für eine dezentrale Verwaltung ohne Begründung als nicht praktikabel abgewiesen. Entlarvend für mich war das Argument des Gemeindepräsidenten von Gommiswald, die Führung des Personals bei einer dezentralen Verwaltung sei sehr schwierig, er wolle daher eine zentrale Verwaltung. Ich gehe davon aus, dass es im gesamten Projekt immer darum gegangen ist, das Zentrum Gommiswald unter allen Umständen zu stärken.

Dem Stimmbürger wurden zudem bewusst diejenigen „strategischen Zahlen und Angaben“ vorenthalten, welche er für eine freie und unverfälschte Bildung des Abstimmungswillens benötigen würde². Auch wurden nie Grundlagenpapiere auf dem Internet oder den Gemeindeverwaltungen frei einsehbar zur Verfügung gestellt. Anlässlich einer Behördeninformation im Sommer 2010 wurde aus dem Publikum gefragt, ob die Expertenberichte z.B. zur Verwaltungsstruktur oder der Finanzplanung öffentlich gemacht werden. Die Antwort

¹ Diskussion, bei der Anregung oder Kritik einfach wie Wasser auf Teflon abperlt.

² vgl. Newsletter1/2011, S.4.

war sinngemäss, man werde dies nicht, sonst könne ja noch jemand diese Informationen gegen das Projekt verwenden³. So konnte zu keinem Zeitpunkt eine demokratiewürdige öffentliche Debatte entstehen. Dem Stimmbürger wurde vorgegaukelt, er könne mitreden, in Wahrheit aber waren doch die Weichen schon längst gestellt.

Diskussionsverhinderung

Nach der Grundsatzabstimmung vom 26. September 2010, hätte ich eigentlich in regelmässigen Abständen mehr Details zum geplanten Zusammenschluss erwartet und vor allem genügend Zeit, diese Informationen privat und öffentlich zu diskutieren. Dies war leider nicht der Fall. Das zuvor gross angekündigte Bürgerforum in Rieden vom 17. August 2011 findet nicht statt, die direkte Begegnung und Auseinandersetzung mit der Bevölkerung werde durch "qualitativ hochstehende schriftliche Informationen" ersetzt⁴. Dieses Versprechen wurde bis heute nicht eingehalten, und drei Wochen vor der Abstimmung ist es ganz einfach zu spät für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Sache.

Lockvogel Steuerfuss

Der Versprochene Steuerfuss von 123% lockt. Rieden braucht sich aber trotz seinem höheren Steuerfuss nicht zu schämen, ist doch die Infrastruktur in Schuss und wir könnten unter kompetenter Führung daran gehen, die Gemeinde finanziell zu konsolidieren und längerfristig auf eine Steuerfussenkung hinzuarbeiten. Im Gegensatz dazu hat Gommiswald während Jahren das „Familiensilber“, d.h. das Eigenkapital als Steuerdividende an die Bürger ausgeschüttet und so den Steuerfuss künstlich tief auf 123% halten können. Dieses Eigenkapital dürfte nun aber aufgebraucht sein. Wird die Gemeindevereinigung an der Urne abgelehnt, wird Gommiswald nicht darum herumkommen, von seinen Bürgern wieder bedeutend mehr Steuern zu verlangen.

Aufgrund der mir zur Verfügung stehenden spärlichen Informationen schätze ich als Steueranwalt den Bedarf der geplanten neuen Gemeinde mittelfristig grob auf etwa 145-150 Steuerprozente. Die neue Gemeinde, insbesondere wegen Gommiswald, würde einiges in neue oder aufgeschobene Infrastrukturprojekte zu investieren haben, so z.B. in ein Verwaltungszentrum, Altersheim, Feuerwehrdepot etc. Weiter zeigt die Erfahrung, dass grössere Gebilde, welches ja auch wachsen sollen, nicht wie versprochen eine kleinere, sondern eine grössere und damit teurere Verwaltung benötigen.

Die vom Kanton versprochenen Fusionsmillionen werden angesichts der anstehenden Aufgaben insbesondere in Gommiswald schnell aufgebraucht sein, fast eine Million hat ja alleine das Projekt gekostet, ohne die allfälligen Umsetzungsarbeiten. Allein schon aus diesem Grund erscheint es mir unrealistisch zu sein, dass der versprochene Steuerfuss von 123% länger als zwei oder drei Jahre gehalten werden kann.

³ Hugo Kessler, Gemeindepräsident Ernetschwil. der diese Aussage heute bestreitet

⁴ Newsletter 3/2011, letzte Seite.

Bei einem steuerbaren Einkommen⁵ von Fr. 70'000 würde beim versprochenen Steuerfuss von 123% ein verheiratetes Paar in Rieden maximal etwa Fr. 100 im Monat weniger Steuern bezahlen, beim von mir geschätzten Steuerfuss von 145% die Hälfte. Höhere Einkommen profitieren aufgrund der Progression etwas stärker, niedrigere etwas weniger.

So würde im Monat ein Ehepaar mit steuerbarem Einkommen von Fr. 200'000 etwa Fr. 450 (123%) bzw. Fr. 200 (145%) und ein Paar mit einem solchen von Fr. 40'000 etwa Fr. 30 bzw. Fr. 5 sparen. Sind diese Beträge einen Gemeindezusammenschluss wert? Gerade auch wenn man berücksichtigt, dass ca. 80% der Steuerpflichtigen weniger als 70'000.00 versteuern müssen?⁶

Machtzentrum Gommiswald

Die Volksbefragung zum neuen Namen und Wappen zeigte die neuen Machtverhältnisse auf eindrückliche Weise. In den kleinen Gemeinden Rieden und Ernetschwil wollten etwa zwei Drittel der Bürger bzw. vier Fünftel nichts wissen von „Gommiswald“ als Bezeichnung für die neue Gemeinde, dennoch obsiegte dieser Vorschlag mit fast zwei Dritteln der Stimmen über alle Gemeinden gesehen – allein dank der Bevölkerungsübermacht von Gommiswald. Nach einem Zusammenschluss wird die Bevölkerung von Gommiswald faktisch alleine über die Ortsteile Rieden und Ernetschwil und deren Bedürfnisse entscheiden.

FAZIT

Die wichtigste Frage in dieser Sache, ob die Gemeindevereinigung wirklich gut für alle ist, wurde nie fundiert beantwortet. Meiner Meinung nach würde Gommiswald auf Kosten der anderen Gemeinden massiv profitieren und aufgewertet werden. Die Machtverschiebung von Rieden und Ernetschwil ins Zentrum Gommiswald wäre unumkehrbar. Für mich kann der versprochene, nicht gesicherte Steuervorteil die faktische Abgabe der Souveränität an Gommiswald und damit den Verlust an Selbstbestimmung, Identität und Bürgerrechte nicht aufwiegen. Zudem hat die Art und Weise der Projektdurchführung und insbesondere der Umgang mit Projektkritikern bei mir erhebliche Zweifel aufkommen lassen, ob in der neuen Gemeinde wirklich zukunftsorientiert und im Interesse aller gearbeitet werden würde.

Darum Stimme ich am 11. September 2011 NEIN – und wünsche mir, dass in Zukunft mit tatsächlich gleichberechtigten Partnern, unter transparenter und vollständiger Information sowie offener Diskussion ohne Ausgrenzung von Kritikern zusammengearbeitet wird.

⁵ Einkommen nach allen Abzügen.

⁶ vgl. Der Kanton St. Gallen und seine Menschen in Zahlen 2010, S. 16 f.